

---

Jürgen Habermas

---

Der gespaltene Westen

---

edition suhrkamp

---

SV

edition suhrkamp 2383

Der einzig geglaubte Westen erwies sich nach dem 11. September 2001 als gespalten. Diese Entwicklung wurde nicht allein durch die Gefahr des internationalen Terrorismus verursacht, sondern auch durch eine Politik der US-Regierung, die das Völkerrecht ignorierte, die Vereinten Nationen an den Rand drängte und bereit war, einen Bruch mit Europa zu riskieren. Der vorliegende Band versammelt Beiträge, in denen Jürgen Habermas auf diese veränderte Situation reagierte, etwa mit einem weit-  
ausgreifenden Essay über die Zukunft des Kantischen Projekts einer weltbürgerlichen Ordnung.

Jürgen Habermas (1929-2026) war zuletzt Professor für Philosophie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Sein Werk liegt im Suhrkamp Verlag vor.

Jürgen Habermas  
Der gespaltene Westen  
*Kleine Politische Schriften X*

Suhrkamp

4. Auflage 2026

Erste Auflage 2004  
edition suhrkamp 2383  
Originalausgabe

© 2004, Suhrkamp Verlag GmbH, Berlin  
Alle Rechte vorbehalten. Wir behalten uns auch  
eine Nutzung des Werks für Text und Data Mining  
im Sinne von § 44b UrhG vor.

Umschlag gestaltet nach einem Konzept  
von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt  
Satz: Jung Crossmedia Publishing, Lahnau  
Druck: Libri Plureos GmbH, Hamburg

Printed in Germany  
ISBN 978-3-518-12383-6

Suhrkamp Verlag GmbH  
Torstraße 44, 10119 Berlin  
info@suhrkamp.de  
www.suhrkamp.de

## *Inhalt*

Vorwort .....	7
---------------	---

### *I. Nach dem 11. September*

1. Fundamentalismus und Terror .....	11
2. Was bedeutet der Denkmalsturz? .....	32

### *II. Die Stimme Europas in der Vielstimmigkeit seiner Nationen*

3. Der 15. Februar – oder: Was die Europäer verbindet	43
4. Gegenmacht Kerneuropa? Nachfragen .....	52
5. Deutsch-polnische Befindlichkeiten .....	59
6. Ist die Herausbildung einer europäischen Identität nötig, und ist sie möglich? .....	68

### *III. Blicke auf eine chaotische Welt*

7. Ein Interview über Krieg und Frieden .....	85
---	----

### *IV. Das Kantische Projekt und der gesplaltene Westen*

8. Hat die Konstitutionalisierung des Völkerrechts noch eine Chance? .....	113
---	-----

<i>Nachweise</i> .....	194
------------------------	-----



## Vorwort

Nicht die Gefahr des internationalen Terrorismus hat den Westen gespalten, sondern eine Politik der gegenwärtigen US-Regierung, die das Völkerrecht ignoriert, die Vereinten Nationen an den Rand drängt und den Bruch mit Europa in Kauf nimmt.

Auf dem Spiel steht das Kantische Projekt der Abschaffung des Naturzustandes zwischen den Staaten. Die Geister scheiden sich nicht an vordergründigen politischen Zielen, sondern an einer der großartigsten Anstrengungen zur Zivilisierung des Menschengeschlechts. Daran soll der Titelaufsatz erinnern.

Die Spaltung zieht sich freilich auch durch Europa und durch Amerika selbst hindurch. In Europa beunruhigt sie vor allem diejenigen, die sich mit Amerikas besten Traditionen – mit den Wurzeln der politischen Aufklärung um 1800, dem reichen Strom des Pragmatismus und dem nach 1945 wiederkehrenden Internationalismus – ein Leben lang identifiziert haben.

In Deutschland wirkt die ungeschminkte Abkehr von diesen Traditionen wie ein Lackmустest. Heute zerfällt die chemische Verbindung, aus der die Westorientierung der Bundesrepublik seit Adenauer bestanden hat, in ihre beiden Elemente: Unverkennbar scheidet sich die opportunistische Anpassung an die hegemoniale Macht, die Europa während des Kalten Krieges unter ihren atomaren Schirm genommen hat, von der intellektuellen und moralischen Bindung an Prinzipien und Grundüberzeugungen einer westlichen Kultur, der sich das normative Selbstverständnis einer schließlich liberal gewordenen Bundesrepublik verdankt.

Auch an diese Differenz möchte ich erinnern. Die Untersuchung zur Konstitutionalisierung des Völkerrechts gibt mir einen Anlass, um einige bereits publizierte Beiträge zusammenzustellen, die den Zusammenhang dieser Frage mit dem Ziel der Europäischen Einigung beleuchten.

Starnberg, im Januar 2004

*Jürgen Habermas*



I.

Nach dem 11. September



## 1. Fundamentalismus und Terror

*Frage: Betrachten Sie, was wir jetzt den »11. September« zu nennen pflegen, auch als ein »beispielloses Ereignis« – als ein Ereignis, das unser Selbstverständnis radikal verändert?¹*

J. H.: Lassen Sie mich vorweg sagen, dass ich Ihre Fragen aus einem Abstand von drei Monaten nach dem Ereignis beantworte. Es ist vielleicht gut, meinen eigenen Erfahrungshintergrund zu erwähnen. Seit Anfang Oktober habe ich in Manhattan wieder einmal ungefähr zwei Monate verbracht. Ich muss gestehen, dass ich mich dieses Mal in der »Hauptstadt des 20. Jahrhunderts«, die mich seit über drei Jahrzehnten fasziniert, irgendwie fremder gefühlt habe als bei jedem der früheren Aufenthalte. Nicht nur der fahnenschwingende und etwas trotzig-patriotische »United we stand« – hatte das Klima verändert, nicht nur der ungewohnte Anspruch auf Solidarität und die damit verbundene Empfindlichkeit gegenüber vermeintlichem »Antiamerikanismus«. Die eindrucksvolle amerikanische Großzügigkeit gegenüber Fremden, der Charme der bereitwilligen, manchmal auch selbstbewusst vereinnahmenden Umarmung – diese großartig offenherzige Mentalität schien einem leichten Misstrauen gewichen zu sein. Würden wir, die wir ja nicht dabei gewesen waren, nun auch vorbehaltlos zu ihnen stehen? Mit Kritik mussten selbst die, die wie ich bei meinen amerikanischen Freunden einen ganz unverdächtigen *record* genießen, behutsam sein. Seit der Intervention in Afghanistan merkte man plötzlich bei politischen Unterhaltungen, wenn Europäer unter sich (oder nur mit Israelis zusammen) waren.

Andererseits habe ich an Ort und Stelle erst das volle Gewicht des Ereignisses empfunden. Man hat das Entsetzen über dieses buchstäblich aus heiterem Himmel hereinbrechende Unheil – und die gemeine Gesinnung dieses heimtückischen Attentats – ganz anders gespürt als zu Hause, auch die über der Stadt brütende Depression. Jeder Freund und Kollege erinnerte

1 Das Interview führte im Dezember 2001 Giovanna Borradori, die am Vassar College Philosophie lehrt.

sich genau der eigenen Situation an jenem Vormittag kurz nach neun Uhr. Kurzum, ich habe an Ort und Stelle die schicksalsschwangere Stimmung, die ja noch in Ihrer Frage nachklingt, besser verstehen gelernt. Auch unter Linken ist ja das Bewusstsein, einer Zeitenwende beizuwohnen, weit verbreitet. Ich weiß nicht, ob die Regierung selbst etwas paranoid war oder nur verantwortungsscheu. Jedenfalls haben die wiederholten, ganz unspezifischen Ankündigungen neuer Terroranschläge und die sinnlosen Appelle – »*be alert*« – die vage Angst und eine unbestimmte Alarmbereitschaft – also genau das, was in der Absicht der Terroristen liegt – noch geschürt. In New York schienen die Leute auf das Schlimmste gefasst zu sein. Mit einer gewissen Selbstverständlichkeit schrieb man die Milzbrand-Attentate (oder auch den Flugzeugabsturz in Queens) den teuflischen Machenschaften Osama bin Ladens zu.

Vor diesem Hintergrund werden Sie für eine gewisse Skepsis Verständnis haben. Ist es für eine langfristige Diagnose überhaupt so wichtig, was wir Zeitgenossen momentan empfinden? Wenn die terroristische Attacke vom 11. September, wie viele meinten, einen »weltgeschichtlichen« Einschnitt bilden sollte, müsste sie den Vergleich mit anderen welthistorischen Ereignissen aushalten. Dafür würde sich nicht Pearl Harbour, sondern am ehesten noch der August 1914 anbieten. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges ist eine friedliche, rückblickend gewissermaßen ahnungslose Zeit zu Ende gegangen. Er hat ein Zeitalter des totalen Krieges und der totalitären Unterdrückung, der mechanisierten Barbarei und des bürokratischen Massenmordes eröffnet. Damals war wohl so etwas wie eine Vorahnung verbreitet. Aber erst aus der Retrospektive werden wir erkennen können, ob der symbolträchtige Einsturz der kapitalistischen Zitadellen im Süden Manhattans eine derart tiefe Zäsur bedeutet oder ob diese Katastrophe nur auf eine unmenschlich-dramatische Weise eine längst bewusste Verwundbarkeit unserer komplexen Zivilisation bestätigt hat. Wenn es sich nicht gerade um die Französische Revolution handelt – Kant hatte ja alsbald von einem »Geschichtszeichen« gesprochen, das auf eine »moralische Tendenz des Menschengeschlechts« hinweist –, wenn es sich also um weniger Unzweideutiges handelt, entscheidet erst die Wirkungsgeschichte über die Größenordnung eines historischen Ereignisses.

Später wird man vielleicht wichtige Entwicklungen auf den 11. September zurückführen können. Aber wir wissen nicht, welches der vielen heute ausgemalten Szenarien tatsächlich an die Zukunft heranreicht. Die von der US-Regierung klug zusammengeführte, wenn auch brüchige Koalition gegen den Terrorismus könnte im günstigsten Fall den Übergang vom klassischen Völkerrecht zu einem kosmopolitischen Rechtszustand befördern. Die Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg, die unter dem Patronat der Vereinten Nationen die Weichen in die richtige Richtung gestellt hat, war wenigstens ein hoffnungsvolles Signal. Aber die europäischen Regierungen haben völlig versagt. Sie sind offensichtlich unfähig, über den nationalen Tellerrand hinauszublicken, um als Europäer wenigstens einem Powell gegen die Hardliner den Rücken zu stärken. Die Bush-Regierung scheint den selbst-zentrierten Kurs einer abgebrühten Supermachtspolitik mehr oder weniger ungerührt fortzusetzen. Sie wehrt sich nach wie vor gegen die Einsetzung eines internationalen Strafgerichtshofs und vertraut stattdessen auf eigene, völkerrechtswidrige Militärtribunale. Sie weigert sich, die Bio-Waffen-Konvention zu unterschreiben. Sie hat den ABM-Vertrag einseitig gekündigt und fühlt sich durch den 11. September absurderweise in ihrem Plan, einen Raketenabwehrschirm zu errichten, bestätigt. Für diesen kaum verhohlenen Unilateralismus ist die Welt zu komplex geworden. Auch wenn sich Europa nicht aufrafft, um die ihm heute zufallende zivilisierende Rolle zu spielen, werden sich die aufsteigende Weltmacht China und das absteigende Russland ins Muster der *Pax Americana* nicht ohne weiteres einfügen. Statt der Polizeiaktionen, auf die wir während des Kosovo-Krieges gehofft hatten, gibt es wieder Kriege – Kriege auf dem neuesten technischen Stand, aber im alten Stil.

Das Elend im zerstörten Afghanistan erinnert an Bilder aus dem 30-jährigen Krieg. Natürlich gab es gute Gründe, auch gute normative Gründe, das Taliban-Regime, das die Bevölkerung insgesamt und nicht nur die Frauen brutal unterdrückt hat, gewaltsam zu beseitigen; es hat sich der legitimen Forderung widersetzt, bin Laden auszuliefern. Aber die Asymmetrie zwischen der geballten Zerstörungskraft der elektronisch gesteuerten Schwärme elegant geschmeidiger Raketen in der Luft und der archaischen Wildheit der mit Kalaschnikows ausgerüs-

teten Horden bärtiger Krieger am Boden bleibt ein moralisch obszöner Anblick. Das empfindet man erst recht, wenn man sich der gewaltbesessenen Kolonialgeschichte, des willkürlichen geographischen Zuschnitts und der fortgesetzten Instrumentalisierung dieses Landes im Spiel der großen Mächte erinnert. Aber die Taliban gehören schon der Geschichte an.

*Frage: Ja, unser Thema ist der Terrorismus, der am 11. September doch eine neue Qualität angenommen hat...*

J. H.: Neu war die monströse Tat selbst. Ich meine nicht nur das Vorgehen der Selbstmordattentäter, die die vollgetankten Verkehrsmaschinen zusammen mit ihren Geiseln in lebendige Geschosse umfunktioniert haben, nicht einmal nur die unerträgliche Zahl der Opfer und das dramatische Ausmaß der Zerstörung. Neu war die Symbolkraft der getroffenen Ziele. Die Attentäter haben nicht nur physikalisch die höchsten Türme von Manhattan in den Abgrund gerissen, sondern eine Ikone im Bilderhaushalt der amerikanischen Nation zerstört. Erst an der patriotischen Aufwallung danach konnte man den zentralen Stellenwert erkennen, den dieser Blickfang in der Silhouette von Manhattan, den diese kraftvolle Verkörperung von ökonomischer Potenz und Zukunftswillen für die Imagination des ganzen Volkes gewonnen hatte. Neu war allerdings auch die Präsenz der Kameras und der Medien, die das lokale Ereignis zeitgleich zu einem globalen Ereignis – und die Weltbevölkerung insgesamt zum erstarrenden Augenzeugen – gemacht haben. Vielleicht kann man vom 11. September als dem ersten welthistorischen Ereignis im strengen Sinne sprechen: der Aufprall, die Explosion, der langsame Einsturz – alles, was da unwirklicher Weise nicht mehr Hollywood war, sondern grausame Realität, vollzog sich buchstäblich vor den Augen der Weltöffentlichkeit. Der befreundete Kollege, der auf der Dachterrasse seines Hauses in der Duanestreet, wenige Meter vom World Trade Center entfernt, das zweite Flugzeug in den oberen Stockwerken explodieren sah, hat weiß Gott etwas anderes *erlebt* als ich in Deutschland vor dem Fernsehschirm, aber nichts anderes *gesehen*.

Freilich erklären Beobachtungen eines einmaligen Ereignisses noch nicht, warum der Terrorismus damit eine neue Qua-

lität angenommen haben sollte. In dieser Hinsicht scheint mir vor allem ein Umstand relevant zu sein: man weiß nicht wirklich, wer der Gegner ist. Die Person von Osama bin Laden erfüllt eher eine Stellvertreterfunktion. Das zeigt der Vergleich mit Partisanen oder gewöhnlichen Terroristen, sagen wir in Israel. Auch diese Leute kämpfen oft dezentralisiert in kleinen, autonomentscheidenden Einheiten. Auch in diesen Fällen fehlt eine Konzentration von Streitkräften oder das Organisationszentrum, die leichte Angriffsziele böten. Aber Partisanen kämpfen auf bekanntem Territorium mit erklärten politischen Zielsetzungen um die Eroberung der Macht. Das unterscheidet sie von den global zerstreuten, nach geheimdienstlichen Prinzipien vernetzten Terroristen, die allenfalls fundamentalistische Motive erkennen lassen, aber kein Programm verfolgen, das über Destruktion und Verunsicherung hinausgeht. Der Terrorismus, den wir einstweilen mit dem Namen Al Qaida verbinden, macht eine Identifizierung des Gegners und eine realistische Einschätzung des Risikos unmöglich. Diese Ungreifbarkeit verleiht ihm eine neue Qualität.

Gewiss, die Unbestimmtheit des Risikos gehört zum Wesen des Terrorismus. Aber die in amerikanischen Medien bis ins Detail ausgemalten Szenarien für eine biologische oder chemische Kriegführung, die Spekulationen über Spielarten des nuklearen Terrorismus verraten nur die Unfähigkeit der Regierung, wenigstens die Größenordnung des Risikos zu bestimmen. Man weiß nicht, ob etwas dran ist. In Israel weiß man, *was* passieren kann, wenn man einen Bus benutzt, ein Kaufhaus betritt, sich in Diskotheken oder auf öffentlichen Plätzen aufhält – und *wie häufig* es passiert. In den USA oder in Europa kann man das Risiko nicht eingrenzen; es gibt keine realistische Einschätzung von Art, Größenordnung und Wahrscheinlichkeit des Risikos, noch irgendeine Eingrenzung der möglicherweise betroffenen Regionen.

Das bringt eine bedrohte Nation, die auf solche unbestimmten Risiken nur mit Mitteln der staatlich organisierten Macht reagieren kann, in die peinliche Situation, möglicherweise überzureagieren – ohne beim unzulänglichen Stand der geheimdienstlichen Informationen wissen zu können, ob es Überreaktionen sind. Dadurch ist der Staat in Gefahr, sich durch die Demonstration der Unangemessenheit seiner Mittel zu blamie-

ren: sowohl durch eine rechtsstaatsgefährdende Militarisierung der Sicherungsvorkehrungen im Inneren wie nach außen durch die Mobilisierung einer zugleich unverhältnismäßigen und unwirksamen militärtechnologischen Übermacht. Aus durchsichtigen Motiven warnte Verteidigungsminister Rumsfeld erneut Mitte Dezember auf der Natokonferenz in Brüssel vor *unbestimmten* Terroranschlägen: »Wenn wir uns die Zerstörung ansehen, die sie in den USA verursacht haben, können wir uns ausmalen, was sie in New York oder London oder Paris oder Berlin mit nuklearen, chemischen oder biologischen Waffen anrichten können« (Süddeutsche Zeitung vom 19. Dezember 2001). Etwas anderes sind die notwendigen, aber nur langfristig wirksamen Maßnahmen, die die US-Regierung sofort nach dem Anschlag in Angriff genommen hat: der Aufbau einer weltweiten Koalition der Staaten gegen den Terrorismus, die wirksame Kontrolle der verdächtigen Finanzströme und internationalen Bankverbindungen, die Vernetzung der einschlägigen Informationsflüsse der nationalen Geheimdienste sowie die weltweite Koordinierung der entsprechenden polizeilichen Ermittlungen.

*Frage: Wenn es stimmt, dass der Intellektuelle eine Figur mit geschichtlich spezifischen Zügen ist, spielt er in unserem gegenwärtigen Kontext eine besondere Rolle?*

J. H.: Das würde ich nicht sagen. Die Schriftsteller, Philosophen, Geistes- und Sozialwissenschaftler, die Künstler, die sich sonst äußern, haben auch diesmal reagiert. Das übliche Pro und Contra, das gleiche Stimmengewirr mit den bekannten nationalen Unterschieden in Stil und öffentlicher Resonanz – nicht viel anders als im Golf- oder im Kosovokrieg. Vielleicht waren die amerikanischen Stimmen etwas schneller und lauter zu hören als sonst, am Ende auch etwas regierungsfreundlicher und patriotischer. Sogar die Linksliberalen scheinen mit Bushs Politik einstweilen einverstanden zu sein. Die prononcierten Stellungnahmen von Richard Rorty sind, wenn ich recht sehe, nicht ganz untypisch. Andererseits sind die Kritiker des Afghanistan-Einsatzes in ihrer pragmatischen Einschätzung der Erfolgsaussichten von falschen Prognosen ausgegangen. Dieses Mal war nämlich außer etwas entlegenen anthropologisch-

historischen Kenntnissen auch militärischer und geopolitischer Sachverstand gefordert. Nicht als würde ich mir das antiintellektuelle Vorurteil zu Eigen machen, dass Intellektuellen regelmäßig das erforderliche Expertenwissen abgeht. Wenn man nicht gerade Ökonom ist, hält man sich ja auch in der Beurteilung komplexer wirtschaftlicher Zusammenhänge zurück. Aber hinsichtlich militärischer Dinge benehmen sich Intellektuelle offensichtlich auch nicht anders als die anderen Stamm-tischstrategen.

*Frage: Sie haben den Fundamentalismus in Ihrer Paulskirchenrede eine spezifisch moderne Erscheinung genannt, warum?*

J. H.: Es kommt natürlich darauf an, wie man den Terminus verwenden will. »Fundamentalistisch« hat einen pejorativen Klang. Mit diesem Prädikat bezeichnen wir eine Geisteshaltung, die auf der politischen Durchsetzung von eigenen Überzeugungen und Gründen auch dann beharrt, wenn diese alles andere als allgemein akzeptabel sind. Das gilt insbesondere für religiöse Glaubenswahrheiten. Wir dürfen freilich Dogmatik und Rechtgläubigkeit nicht mit Fundamentalismus verwechseln. Jede religiöse Lehre stützt sich auf einen dogmatischen Kern von Glaubenswahrheiten. Und manchmal gibt es eine Autorität wie den Papst oder die römische Glaubenskongregation, die festlegt, welche Auffassungen von diesem Dogma und damit von der Orthodoxie abweichen. Fundamentalistisch wird eine solche Orthodoxie erst, wenn die Hüter und Repräsentanten des wahren Glaubens die epistemische Situation einer weltanschaulich pluralistischen Gesellschaft ignorieren und – sogar mit Gewalt – auf der politischen Durchsetzung und Allgemeinverbindlichkeit ihrer Lehre beharren.

Die prophetischen, in der Achsenzeit entstandenen Lehren waren bis zum Eintritt in die Moderne Weltreligionen auch insofern, als sie sich in den kognitiven Horizonten eines von innen als diffus-allumfassend wahrgenommenen Imperiums ausbreiten konnten. Der »Universalismus« der Alten Reiche, von deren Mittelpunkt aus die Peripherie ins Grenzenlose zu verschwimmen schien, bot dem exklusiven Geltungsanspruch der Weltreligionen den richtigen perspektivischen Hintergrund. Aber unter den Bedingungen des beschleunigten Komplexi-

tätswachstums der Moderne lässt sich ein solcher Wahrheitsanspruch nicht mehr naiv aufrechterhalten. In Europa haben die konfessionelle Glaubensspaltung und die Säkularisierung der Gesellschaft den religiösen Glauben zu einer Reflexion auf seine nicht-exklusive Stellung innerhalb eines vom wissenschaftlichen Profanwissen begrenzten und mit anderen Religionen geteilten Diskursuniversums genötigt. Das reflexive Hintergrundbewusstsein einer doppelten Relativierung des eigenen Standortes durfte natürlich keine Relativierung der eigenen Glaubenswahrheiten nach sich ziehen. Diese Reflexionsleistung einer Religion, die sich mit den Augen der anderen zu sehen lernte, hat wichtige politische Implikationen gehabt. Die Gläubigen können nun einsehen, warum sie auf Gewalt, erst recht auf staatliche organisierte Gewalt, zur Durchsetzung ihrer Glaubensansprüche verzichten müssen. Erst dieser kognitive Schub hat religiöse Toleranz und die Trennung der Religion von einer weltanschaulich neutralen Staatsgewalt möglich gemacht.

Wenn sich ein zeitgenössisches Regime wie der Iran weigert, diese Trennung zu vollziehen, oder wenn religiös inspirierte Bewegungen die Wiederherstellung einer islamischen Form von Theokratie anstreben, betrachten wir das als Fundamentalismus. Ich würde diese fanatisch verhärtete Mentalität aus der Verdrängung kognitiver Dissonanzen erklären. Sie wird nötig, wenn man unter den kognitiven Bedingungen des szientifischen Weltwissens und des weltanschaulichen Pluralismus, nachdem also die Unschuld der epistemischen Situation einer allumfassenden Weltperspektive längst verloren ist, die Rückkehr zur Exklusivität vormoderner Glaubenseinstellungen propagiert. Diese Einstellung erzeugt kognitive Dissonanzen, weil die komplexen Lebensverhältnisse in pluralistischen Gesellschaften normativ nur noch mit einem *strengen* Universalismus der gleichen Achtung für jeden vereinbar sind – seien es nun Katholiken oder Protestanten, Muslime oder Juden, Hindus oder Buddhisten, Gläubige oder Ungläubige.

*Frage: Wie unterscheidet sich denn der islamische Fundamentalismus, den wir heute sehen, von viel früheren fundamentalistischen Strömungen und Praktiken, beispielsweise der Hexenjagd in der frühen Neuzeit?*

J. H.: Wahrscheinlich gibt es ein Motiv, das die beiden von Ihnen genannten Phänomene verbindet, nämlich die abwehrende Reaktion auf Ängste vor einer gewaltsamen Entwurzelung traditionaler Lebensformen. Die Anfänge der politischen und wirtschaftlichen Modernisierung mögen damals schon in einigen Regionen Europas solche Ängste hervorgerufen haben. Mit der Globalisierung der Märkte, insbesondere der Finanzmärkte, und der Direktinvestitionen befinden wir uns natürlich heute in einem ganz anderen Stadium. Die Dinge liegen auch insofern anders, als die Weltgesellschaft inzwischen in Gewinner-, Nutznießer- und Verliererländer *aufgespalten* ist. Für die arabische Welt sind die USA die treibende Kraft der kapitalistischen Modernisierung. Sie sind mit ihrem uneinholbaren Entwicklungsvorsprung, ihrer erdrückenden technologischen, wirtschaftlichen und politisch-militärischen Überlegenheit gleichzeitig eine Kränkung für das eigene Selbstbewusstsein und ein heimlich bewundertes Vorbild. Die westliche Welt dient insgesamt als Sündenbock für die eigenen, höchst realen Verlusterfahrungen, die eine aus ihren kulturellen Traditionen herausgerissene Bevölkerung im Laufe radikal beschleunigter Modernisierungsprozesse erleidet. Was in Europa unter glücklicheren Umständen immerhin als ein Prozess *schöpferischer* Zerstörung erfahren werden konnte, stellt in anderen Ländern keine erfahrbare, im Generationenabstand noch einlösbare Kompensation für den Schmerz des Zerfalls der gewohnten Lebensformen in Aussicht.

Dass sich die Abwehrreaktion dann aus spirituellen Quellen speist, die gegenüber der weltweit säkularisierenden Macht des Westens ein, wie es scheint, dort verloren gegangenes Potential in Bewegung setzt, lässt sich psychologisch nachvollziehen. Der wütende fundamentalistische Rückgriff auf eine Glaubenseinstellung, der die Moderne noch keinen selbstreflexiven Lernprozess, keine Ausdifferenzierung einer von der Politik getrennten Weltdeutung abgenötigt hat, zieht seine Plausibilität eben aus dem Umstand, dass er von einer Substanz zehrt, die dem Westen zu fehlen scheint. Der Westen begegnet ja anderen Kulturen, die ihr Profil der Prägung durch eine der großen Weltreligionen verdanken, allein mit der aufreizend banalisierenden Unwiderstehlichkeit einer materialistisch einebnenden Konsumgüterkultur. Geben wir es zu: Der Westen präsentiert